

“ Wir kommen Deutschland entgegen“

Interview S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein
zur Steuerkooperation, Frankfurter Allgemeine Zeitung

17. März 2009

Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein über das Ende des Bankgeheimnisses, deutsche Steuersünder und den Humor seines Vaters.

Erbprinz Alois, Ihr Land ist eingeknickt: Es will das Bankgeheimnis aufweichen. Wird damit der deutsche Finanzminister bestätigt? Er hat Liechtenstein durch den Kauf gestohlener Kundendaten der LGT Treuhand in die Enge getrieben.

Erbprinz Alois: Schon vorher hat es eine Bewegung zu einer verstärkten internationalen Steuerkooperation gegeben. Der grösste Anstoss zur Beschleunigung in der Debatte kam eigentlich durch die Rezession der Weltwirtschaft. Gerade wir hatten uns seit längerem Gedanken über unsere Finanzplatzstrategie in Zeiten eines vermehrten Informationsaustausches gemacht. Es ist ein merkwürdiger Zufall, dass wir unser daraus entstandenes Programm „Futuro“ genau an dem Tag vorstellten, an dem Herr Zumwinkel verhaftet wurde. Leider ist dies dann wegen der Ereignisse in Deutschland weitgehend unbeachtet geblieben.

Aber der Fall Zumwinkel hat die Reformen arg beschleunigt, oder?

Erbprinz Alois: Zweifellos hat dies den Prozess hierzulande intensiviert. Jetzt haben wir ein Programm zur Gewährleistung planbarer und stabiler Rahmenbedingungen.

Warum haben Sie für Ihre Reform nicht den Schulterchluss mit der Schweiz, Österreich und Luxemburg gesucht, sondern sind in einer Einzelaktion vorgeprescht?

Erbprinz Alois: Unser Vorschlag geht über die Erklärungen der Schweiz und einzelner EU-Staaten hinaus. Wir sind nicht nur bereit, die OECD-Standards zur Amtshilfe bei Steuerhinterziehung anzuerkennen. Vielmehr bieten wir interessierten Staaten bilaterale Lösungen an, um ihnen in weitergehenden Abkommen zu substantiellen Steuereinnahmen zu verhelfen. Das müsste gerade für Hochsteuerländer interessant sein.

Was muss man sich konkret darunter vorstellen?

Erbprinz Alois: Mit den OECD-Standards zur Transparenz und zum Informationsaustausch kommen Sie vielleicht etwas leichter an Einzelpersonen heran. Voraussetzung sind aber begründete Verdachtsmomente in den Anträgen auf Amtshilfe. In der Gänze generieren Sie jedoch auf diese Weise kein grosses oder nachhaltiges Steuervolumen. Hier wollen wir die Hand zu neuen Lösungen bieten.

Bei "weitergehenden Abkommen" denkt man an Amnestie für Steuerflüchtlinge. Ist das gemeint?

Erbprinz Alois: Wir wollen insbesondere Ländern wie Deutschland entgegenkommen, aber auch unsere Interessen wahren und die Kunden schützen. Steueramnestien sind eine Möglichkeit. Es geht aber nicht nur um bestehende, sondern auch um künftige Kunden. Sie müssen Klarheit erhalten über ihre steuerliche Situation.

Warum zielen Sie nicht auf eine Ausweitung des EU-Zinsbesteuerungsabkommens? Das gewährleistet anonyme Steuerzahlung.

Erbprinz Alois: Diese Ausweitung kommt wahrscheinlich sowieso, etwa in Bezug auf Dividenden und juristische Personen. Ich habe aber meine Zweifel, ob damit die Bedürfnisse einzelner Staaten abgedeckt werden. In jedem Land stellt sich die Steuersituation anders dar. Hier müssen massgeschneiderte Lösungen gefunden werden.

Ist womöglich ein automatischer Informationsaustausch denkbar, wie ihn einzelne EU-Staaten auch von Nichtmitgliedern fordern?

Erbprinz Alois: Mit dem „Vorschlaghammer“ auf den automatischen Informationsaustausch drängen vertreibt letztlich Vermögen aus Europa in andere Regionen. Wir wollen die Privatsphäre wahren. Wenn wir vor die Alternative zwischen OECD-Standards und automatischem Informationsaustausch gestellt würden, müssten wir uns auf die OECD-Standards beschränken. Wir schlagen deshalb einen dritten Ansatz vor bei dem beide Länder und der Kunde gewinnen können.

Können die Kunden dabei auch künftig vor Gericht Einspruch gegen die Datenherausgabe erheben?

Erbprinz Alois: Wir werden sicherstellen, dass jede Entscheidung zur Amtshilfe bei mutmasslichen Steuervergehen nochmals durch eine unabhängige Person geprüft wird. Allerdings wird es künftig nicht mehr möglich sein, ein Verfahren über mehrere Gerichtsinstanzen zu ziehen.

Wenn man Sie hört, fragt man sich: Warum sollen Anleger künftig noch nach Liechtenstein gehen?

Erbprinz Alois: Gerade die vergangenen Monate haben gezeigt, wie wichtig die politische und wirtschaftliche Sicherheit für Bankkunden ist. Die Institute in Liechtenstein sind gut kapitalisiert, die Kernkapitalquote ist meist doppelt so hoch wie der internationale Durchschnitt. Der Staat hat in der Finanzkrise keine Bank stützen müssen. Hinzu kommen die Qualität der Dienstleistungen und angebotenen Produkte.

Liechtenstein steht auf der "Schwarzen Liste" unkooperativer Steueroasen der OECD. Hat Ihnen das geschadet?

Erbprinz Alois: Sie wurde anfangs als sehr willkürlich empfunden, weil zum Beispiel die Mitglieder der OECD eine eigene Aufnahme mit einem Veto verhindern können. Die Nachteile für unsere Wirtschaft haben sich bisher in Grenzen gehalten. Aber die Liste wird je länger, desto mehr für alle möglichen Zwecke verwendet und schadet in zunehmendem Masse unserem Ruf als Finanzplatz.

Dringen Sie weiter auf Doppelbesteuerungsabkommen zum Nutzen der Liechtensteiner Industrie?

Erbprinz Alois: Wir gehen offen in die bilateralen Gespräche. Aber der Abschluss solcher Abkommen mit Vorteilen für unsere Industrie ist uns weiterhin ein wichtiges Anliegen. Ich denke, dieser Wunsch ist auch berechtigt, da Liechtenstein als EWR-Mitglied ein verlässlicher Wirtschaftspartner mitten in Europa und die Industrie unser grösster Wirtschaftszweig ist.

Warum beginnen die Gespräche mit Deutschland und England?

Erbprinz Alois: Beide Länder sind für Liechtenstein wichtige Handelspartner, mit denen wir enge Kontakte haben. Wir streben möglichst schnell befriedigende Lösungen an. Betrachtet man die anschliessend nötige Umsetzung in nationale Gesetze und Anpassung der IT bei den Finanzintermediären wird es eher um einen Prozess über die Dauer von Monaten und Jahren als um wenige Wochen gehen.

Was machen die Treuhänder von Stiftungen, hinter denen sich Steuerhinterzieher verbergen konnten? Wandern die jetzt aus?

Erbprinz Alois: Natürlich musste und muss unsere Reform im Land sehr gut erklärt werden. Aber die Treuhänder-Vereinigung, der Bankenverband und andere wichtige Interessensverbände wie auch die Parteien stehen hinter unserem Vorstoss. Gerade die Treuhänder haben registriert, dass viele Kunden einen Weg in die Legalität ihrer Vermögensverhältnisse suchen. Diese betrifft gerade die sogenannte Erbgeneration.

Sie präsentieren sich als Vorreiter der Steuerkooperation. Ihr Vater Hans-Adam II. dagegen hat gegen die "Steuerwüste" Deutschland gewettert. Regiert Chaos im Schloss?

Erbprinz Alois: Seine Aussage, Steueroasen könnten nur entstehen, wo es Steuerwüsten gebe, bleibt richtig. Sich als Ratgeber für Deutschlands Steuersystem zu empfehlen, war nicht ganz ernst gemeint. Dennoch: Wir hätten sicher einige gute Ideen. Aber letztlich muss jedes Land für sich selbst entscheiden.